

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Dringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Dringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.10 Mr., für 2 Monate 1.40 Mr., für 1 Monat 70 Pf. ausschließlich Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 18693.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Interate werden die gesetzte Zeitung oder deren Raum mit 25 Pf. für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwerer Soh nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Interaten für die fällige Nummer frühestens 9 Uhr. — Ausgegebene Interate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Str. 19/21. Telephon 2721. Geschäftzeit 8—12 und 2—7 Uhr. Sonn- und Feiertags geschlossen.

Tageskalender.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bestätigt den Plan eines Rohbranntweinmonopols.

Die Kosten der Gehaltsaufbesserung der Reichsbeamten sollen auf über 60 Millionen jährlich veranschlagt werden sein.

Die englischen Kommunalwahlen brachten der Reaktion Erfolge.

Bei den Dumawahlen in Russland sind bis jetzt 11 Sozialdemokraten gewählt worden.

Steuerfragen im Klassenstaat.

Leipzig, 4. November.

Die Praxis der Klassenherrschaft bleibt überall die gleiche: Abwälzung aller Lasten auf die schwachen Schultern, Entlastung der leistungsfähigen. Der Kapitalismus hat daran nichts anderes geändert, als den Schein. Unter der Sklaverei und der Leibeigenschaft waren die Ausbeutungsverhältnisse offen und brutal, und die unterworfene Klasse konnte sich an den Fingern abrechnen, wieviel sie jährlich ihren Herren an neuem Reichtum zufügte. Unter kapitalistischen Verhältnissen sieht es auf den ersten Blick so aus, als seien alle Herrschfts- und Ausbeutungsverhältnisse ausgelöscht, als gäbe es nur noch Freie und Gleiche. Die bürgerlichen Lektorien bestreiten entschieden, daß der modernen Lohnarbeit dasselbe zugrunde liegt, was der antiken Sklaverei und der mittelalterlichen Leibeigenschaft zugrunde lag: Ausbeutung. Sie klammern sich an den Schein, wonach der „freie“ Arbeiter mit dem Kapitalisten einen „freien“ Kontrakt schließt, den er nicht zu schließen braucht, wenn er nicht will. Der Arbeiter gibt seine Arbeitskraft her, der Unternehmer den dafür ausbedungenen Lohn. Wo bleibt da die Ausbeutung? Als die Dekonomie noch eine bürgerliche Wissenschaft war, also zur Zeit von Adam Smith und Ricardo, war sie noch nicht so weit heruntergekommen, wie heute. Damals gab sie die Ausbeutung auch in der modernen Lohnarbeit zu. Nur die Art, wie die Ausbeutung, wie der kapitalistische Mehrwert aufzusteht kam, blieb ihr ein unergründliches Rätsel. Marx öffnete ihr die Augen. Er bewies zum erstenmale in der Geschichte der ökonomischen Wissenschaft, wie und unter welchen Umständen auch bei der Lohnarbeit Ausbeutung besteht und Mehrwert produziert wird. Aber das starke Licht der marxistischen Theorie war zu grell, war zu blendend für die Maulwürfsaugen der bürgerlichen Dekonomie und

statt helllichtig zu werden, wurde sie völlig blind. Jetzt leugnet sie, was sie früher zugab und stellt sich, als nehme sie den Schein für das Wesen der Dinge.

Genau so liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Steuerpolitik. Früher war das Privileg der Steuerfreiheit für die bestehenden Klassen ganz offen und direkt. Adel und Geistlichkeit, die herrschenden Stande im Mittelalter, waren ausdrücklich von der Verpflichtung, Steuern zu zahlen, ausgenommen. Auch hier hat sich nur der Schein, nicht das Wesen geändert. Mit Hilfe der indirekten Steuern haben die herrschenden Klassen es bis heute verstanden, sich so gut wie völlige Steuerfreiheit zu sichern und die gesamten Lasten der Staatsverhöaltung auf die Schültern der besitzlosen Massen abzuwälzen. Anekdotisch freilich besteht auch hier die „Gleichheit aller“. Aber darin beruht gerade das Raffinement dieses Systems. Ein Pfund Salz trägt genau soviel Steuern, ob es im Haushalte eines Millionärs oder eines Proletariers konsumiert wird. Aber der Millionär, der vielleicht das zwanzigfache Jahreseinkommen des Proletariers hat, ist deshalb nicht zwanzigmal soviel Salz wie jener, und so trägt er im Verhältnis zu seinem Einkommen nur den zwanzigsten Teil dessen, was der Proletarier an Salzsteuer bezahlen muss. Gerade deshalb haben die bürgerlichen Parteien der Beseitigung des indirekten Steuersystems für das Reich mit aller Macht widerstrebt, und tun es heute noch. Außer der praktisch kaum ins Gewicht fallenden „deutschen Volkspartei“ gibt es in Deutschland keine einzige bürgerliche Partei, die die Einführung der direkten Steuern in ihrem Programm verlangt. Auch der Freiheit rastet sich nur zu der lendenlahmen Forderung auf: Entlastung der dringendsten Lebensbedürfnisse von indirekten Steuern. Gegen das System der indirekten Steuern zu protestieren, ist ihm nie eingefallen.

Auch bei der bevorstehenden „Finanzreform“, wie man die Einbringung der zu erwartenden neuen Steuern wohlauslautend nennt, handelt es sich in der Hauptzache um nichts anderes, als um neue indirekte Steuern. In einer Verteilung der „Reichssteuersorgen“ sagt die Tägliche Rundschau rund heraus: eins sei hier nochmals betont, direkte Reichssteuern sind und bleiben unmöglich. Warum? Weil die herrschenden Klassen sich nicht selber besteuern wollen. Man schüttet die großen Schwierigkeiten vor, die die Übertragung des direkten Steuersystems von den Einzelstaaten auf das Reich verursachen würde. Der wahre Grund jedoch liegt darin, daß an direkten Steuern, die in der Hauptzache von den bestehenden Klassen getragen werden, in den deutschen Bundesstaaten zusammengezählt nur 7 Mr. pro Kopf bezahlt werden, während an indirekten Steuern, die in der Hauptzache die besitzlose Masse treffen, rund 20 Mr. auf den Kopf der Bevölkerung entfallen. Im Jahre 1905 betrugen die indirekten und direk-

ten Steuern im Reich und in den Bundesstaaten zusammengezählt 1654 Millionen, davon waren indirekte Steuern 1219, direkte nur 435 Millionen. Mit andern Worten: die bestehenden Klassen zahlen für Staat und Reich nur ein Drittel dessen, was sie den besitzlosen abpressen.

Und dieses Verhältnis wird sich in Zukunft, und gerade durch die Blockpolitik noch mehr verschärfen. Der Plan des Brantweinmonopols, das natürlich nichts anderes ist, als eine indirekte Brandstiftung der besitzlosen Massen, wird heute auch von der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung offiziell zugestanden, das einzige, was sie bestreitet, ist, daß seine Einführung die „mochlos übertriebene“ Summe von 1000 Millionen kosten würde. Aber ebenso sicher wie diese Vorlage kommen wird, ist, daß sie nicht ausreichen wird, um das Defizit zu decken. Allein für die Erhöhung der Reichsbeantbehöldungen werden 60 Millionen verlangt. Dazu wird eine „dementsprechende“ Aufbesserung in den Bevägen der Unteroffiziere, Leutnants und Hauptleute angekündigt, von der Marinevorlage, den Kolonialforderungen, den Mehfordernungen für das Heer ganz zu schweigen. Da sind natürlich die 70 Millionen, die man durch das Monopol aus dem Schnaps mehr herauszuziehen hofft, als bisher, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Man kündigt auch schon eine zweite neue — natürlich ebenfalls indirekte — Steuer an: die Erweiterung der Vanderolesteuer auf die Zigarren. Aber auch sie würde nicht das Defizit decken, und der Brantweinmonopolvorlage wird in absehbarer Zeit eine Tabakmonopolvorlage folgen, genau so wie in den glorreichen achtzig Jahren des 19. Jahrhunderts.

Noch freilich rumort es in der liberalen Presse ein wenig über direkte Reichssteuern, die man verlangen will. Aber das wird sich schon geben, und wenn der frustige Moment da ist, dann wird auch der freifinnige Budel über den Stock springen und seinen Blockherrn appellen, was er verlangt. Die Sozialdemokratie aber wird die Ernte schneiden, die ihr heranwächst.

Revolution in Rußland.

Eisenbahnhäuser, Militäraufstände und Terror.

Wir haben vor einigen Tagen hier einige Prechstühlen wiedergegeben, nicht von der linken Seite, sondern von der möglichen Richtung, die alle darin einig sind, daß das Land immer mehr von den revolutionären Birken ergriffen wird. Das ganze staatliche Leben ist unterbrochen, nur die Polizei ist noch geblieben. Auch die Novoje Wremja mußte zugeben, daß von einer Verurteilung im Lande nichts zu spüren ist. Wohl sei die Revolution ärmer geworden an großen explosiven Aktionen. Nun sind auch diese da. Die leichten Waffen brachte zwei große Eisenbahnhäuser, der eine im Staatsfus, der andre in Polen, wobei die arme Staatsfus um einige 100 000 Kubel leer wurde.

So vergehen vielleicht sechzig Sekunden.

Endlich blickt der Kammerherr auf und fragt: „Wollen Sie noch etwas?“

„Der Kammerherr will also nicht 25. Der zuliegen?“

„Darauf habe ich ja bereits geantwortet, Mann!“ sagt der Kammerherr und blickt Per Holt fest an.

Langsam entfernen sie sich.

Sobald sie auf der Treppe sichtbar werden, gleitet eine niedergeschlagene Stimmung, wie eine Wolke der Enttäuschung, über die Hölle der wartenden Kötter.

„Er will nicht!“ sagt Per auf ihre fragenden Blicke hin.

Der große Paul steht mit unsicher tanzenden Bewegungen seine Füße in die Holzschuhe und fügt hinzu: „Nein, ihm ist es ganz egal.“

„Er tut jedenfalls so,“ bemerkte Per Holt.

Erst, nachdem sie das weiße Gitter passiert haben, fangen sie an zu reden.

Kräni Sows zerbreicht seinen Katabat: „Nein, diese Art Leute sind nicht so leicht zu nehmen!“

„Wir hätten bis zur Erntezzeit warten sollen, dann hätte er darauf eingehen müssen.“ Das meint Jakobus.

„Ja, aber was will er machen, wenn wir nun alle miteinander fortziehen — das möchte ich wohl sehen!“ sagt Niels Nön pfiffig.

Nur ab und zu fällt ein Wort. Meistens gehen sie schweigend weiter.

Kräni Sows räuspert sich. „Das ist natürlich zu simpel für so einen, sich uns andern zu fügen.“

Der rote Jens blickt Per mit schadenfrohem Augenblinzeln an: „Mir scheint, du hast uns einen netten Eierküken angerührt!“

Per Holt hält halbwegs inne, hebt den Kopf, blickt frei im Kreise umher und fragt: „Waren wir nicht einig?“

„Ja, das waren wir, weiß Gott!“ antwortet der große Paul.

Seuilleton.

Gylholm.

Ein Landleiterroman von Johan Stjernborg.

Autorisierte Übersetzung von Laura Heldt.

Rachdruck verboten.

XVII.

Am nächsten Mittag stehen drei, vier Häusler an der Ecke des Meiereigebäudes. Sie scheinen nicht nach Hause gehen zu wollen. Dagegen sehen sie sich um, teils ängstlich, als fürchten sie entdeckt zu werden, teils als erwarten sie jemand.

Dann gesellt sich noch einer, dann zwei und dann noch einer zu ihnen. Und dann kommt Per Holt.

Alle Gylholmer Häusler versammeln sich zu einem Haufen, und je mehr der anwächst, desto dreister wird die Haltung des einzelnen.

Sie sind alle gekommen, mit Ausnahme von Tommes, der sich überhaupt nicht sehen läßt.

Dagegen zeigt sich der Leiter der Meierei in der Tür und hinter ihm ein paar Mädgen, die große, erstaunte Augen machen. Der Jäger kommt aus dem Gylholmer Wäldchen und geht zur Schmiede, wo er und der Schmied die Köpfe zusammensetzen und tuscheln, während sie zu den Häuslern hinüberblicken.

Die Schar setzt sich, nach dem weißen Gitter zu, in Bewegung. Per öffnet die Pforte.

Und so überschreiten die Gylholmer Häusler zum erstenmal in ihrem Leben die seine scharfe Linie, die die Grenze bildet zwischen ihrem Leben und dem Leben des Kammerherrn.

Unwillkürlich gehen sie vorsichtig auf den mit Kies bestreuten Weg; sie blitzen verstohlen die großen Mauer-

flöchen hinauf, als sei alles viel größer, als sie es sich vorgestellt hatten, und je näher sie dem Schloß kamen, um so tiefer scheinen sie beim Gehen in die Knie zu sinken.

Per Holt, der große Paul, Jakobus und einer der neuen Häusler lassen ihre Holzschuhe draußen auf den Treppenstufen stehen und gehen hinein zum Herrn, während die anderen draußen warten.

Sowohl Paul als Jakobus sind grauhaarige Männer, aber sie werden geradezu blau, während sie durch die mit Flecken getäfelte, grobhartige Vorhalle gehn.

Zu dem mit Bildern und Teppichen überreich ausgestatteten Zimmer des Kammerherrn ruht dieser selber auf einem türkischen Divan, eine Zigarette rauchend und die Zeitung lesend. Zu seinen Füßen liegt ein prächtiger Störer, der sich, beim Eintritt der Häusler, knurrend halb aufrichtet, bis ein beschwichtigendes Wort seines Herrn ihn beruhigt.

Per Holt ergreift das Wort: „Wir kommen im Auftrage der Häusler, um den Kammerherrn um eine Zulage von 25. Der zu unserem Lagedohn zu bitten!“

Der Kammerherr sieht gleichgültig von seiner Zeitung auf und antwortet: „Das kann ich nicht, mein guter Mann!“

„Dann haben wir beschlossen, daß wir alle miteinander wegziehen wollen!“ sagt Per Holt fest.

Der große Paul und Jakobus werfen gleichzeitig einen Seitenblick auf das Gesicht des Kammerherrn, um die Wirkung dieser Worte zu beobachten.

Der Kammerherr antwortet aber nur, indem er die Zeitung wieder aufnimmt: „So, das haben Sie beschlossen.“

Und dann wird es mit einem Male so ganz unheimlich still.

Paul und Jakobus blicken Per an, der mit den Augen blinzelt, als sächte er eisig nach. Sie fangen an, unruhig zu trippeln, und Paul krümmt seine großen, knochigen Finger.